Standards, die ebenfalls objektiv gesetzmäßig erfolgt, gleichgesetzt werden. Die Steigerung des Lebensstandards erfolgt nur zum Teil über das persönliche Eigentum und wächst absolut und relativ noch schneller als das persönliche Eigentum, aber selbst dieses Wachstum ist ebenfalls nur Mittel zum Zweck.

Unter jenem Aspekt muß vor allem der Blick dafür verborgen bleiben, daß die Veränderung der Eigentumsverhältnisse und die planmäßige Entwicklung des materiellen Reichtums nur notwendige Mittel sind zum Zweck der Befreiung der Gesellschaft, zur Herrschaft des Menschen über die objektiven Bedingungen seiner Existenz, die ihn bis dahin beherrscht haben, zur freien Entfaltung seiner schöpferischen Kräfte, zum universellen Reichtum. Die Erfassung der sich neu entwickelnden Beziehungen als bloße Vermögensbeziehungen zwischen einzelnen Subjekten (und zwar hier als Beziehungen des persönlichen Eigentums), für die Leistungsprinzip und Wertgesetz allein bestimmende Kriterien sind, führt notwendig zu individualistischen Vorstellungen über das Verhältnis der Menschen zueinander und zur Gesellschaft, die objektiv dem entsprechen, was für diese Beziehungen unter der Herrschaft des Privateigentums galt.

Es ist nicht zulässig, die Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen zu reduzieren auf die noch herrschenden Prinzipien, die den Warenaustausch regeln. Das alles läuft darauf hinaus, das noch Bestehende und quantitativ Vorwiegende zum alleinigen Maßstab zu erheben, das sich objektiv gesetzmäßig entwickelnde und schon bestehende Neue zu unterschätzen oder gar zu ignorieren. Dabei muß beachtet werden, daß die sozialistische Gesellschaft in ihrem historischen Verlauf nicht eine in sich geschlossene und sich selbst genügende Gesellschaftsordnung ist, sondern daß sie die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft darstellt und die historische Periode ist, in der es die Gesellschaft lernt und vollbringt, bewußt und planmäßig unter Erschließung aller gesellschaftlichen Kräfte die Voraussetzungen für die zweite Phase der kommunistischen Gesellschaft zu schaffen. Im übrigen sind diese zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft nicht durch eine historische Zäsur voneinander getrennt, sondern es handelt sich um einen allmählichen Übergang, wobei Keime und Merkmale der zweiten Phase sich bereits in der ersten Phase entwickeln oder, genauer gesagt, bereits entwickelt werden.

Erst nachdem die Enge der vermögensrechtlichen Konzeption des Zivilrechts in der Sektion aufgegeben wurde, war der Weg frei zur Überwindung der individualistischen privatrechtlichen Betrachtungsweise. Die von mir geführte Kontroverse gegen die rein vermögensrechtliche Konzeption leitete diese Diskussion ein, brachte aber noch keine unmittelbare Lösung, da die objektive Gesetzmäßigkeit der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Beziehungen zunächst noch nicht im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand. Der Charakter der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen wurde bis dahin auch nur in einigen Bereichen gesehen und erörtert, so insbesondere bei den sozialistischen Hausgemeinschaften; es wurden dagegen die Veränderungen in den meisten Bereichen der vom Zivilrecht geregelten Verhältnisse noch kaum erfaßt.

Die weiteren Beratungen und Untersuchungen in der Sektion Zivilrecht und während einer mehrwöchigen gemeinsamen Arbeitstagung unter intensiver Mitarbeit der Vertreter des Zivilrechts der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft und der Juristischen Fakultäten, die auf Anregung und unter Leitung des Verfassers in Jena und Babelsberg durchgeführt wurden, beschäftigten sich mit der Überwindung des Positivismus und Individualismus in der Zivilrechtswissenschaft. Es gelang hierbei — fußend auf den Werken der Klassiker und den wissenschaftlichen Analysen der Partei der Arbeiterklasse — eine Orientierung auf die objektiven Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung auszuarbeiten, die zu einer Umgestaltung der Lehre führt und wesentliche Konsequenzen für die Vorarbeiten an der Gesetzgebung haben dürfte. Die Ergebnisse führen zu einer neuen Konzeption des Zivilrechts und einer Lösung von der bürgerlichen Dogmatik und den individualistischen und positivistischen Positionen.

II

Während die alte Betrachtungsweise die vom Zivilrecht geregelten Verhältnisse der Bürger bei der unmittelbaren Befriedigung ihrer materiellen und kulturellen Bedürfnisse im wesentlichen als bloße Marktbeziehungen begriff, verkannte sie, daß diese Verhältnisse in der sozialistischen Gesellschaft zugleich Ausdruck der neuen Beziehungen der Menschen zueinander und zur Gesellschaft sind. Diese neuen Beziehungen entwickeln sich zunächst und hauptsächlich in der Produktion, und zwar in den Brigaden der sozialistischen Arbeit, in sozialistischen Arbeits- und Forschungsgemeinschaften. Diese neuen Beziehungen erfassen aber auch die übrigen gesellschaftlichen Bereiche. Die so entstehenden sozialistischen persönlichen und Vermögensbeziehungen der Menschen tragen ihrerseits zur Überwindung der Isolierung des Menschen von der Gesellschaft, zur Überwindung des beschränkten bürgerlichen Rechtshorizonts und zur Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit bei.

Dieses Neue zeigt sich — wie in der Literatur schon mehrfach erörtert — am augenfälligsten dort, wo solche Beziehungen auf längere Dauer innerhalb einer bestimmten Gemeinschaft bestehen, wie dies außerhalb der Produktion bei den sozialistischen Hausgemeinschaften der Fall ist. Hier steht nicht mehr der einzelne Mieter in einem isolierten Vertragsverhältnis und ohne Beziehung zu den anderen Mietern dem Vermieter gegenüber; vielmehr bilden die Mieter eine sozialistische Lebensgemeinschaft außerhalb der Produktionssphäre und arbeiten mit der sozialistischen Wohnungsverwaltung bei der Benutzung, Pflege und Unterhaltung des sozialistischen Eigentums im gemeinsamen Interesse zusammen.

Diese sozialistischen Gemeinschaftsbeziehungen entwickeln sich aber gesetzmäßig auch auf den anderen Gebieten der Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bürger. Die Werktätigen, die mit Hilfe ihres Staates die Entwicklung dieser Verhältnisse gemeinsam planen und leiten, stehen — anders als in der bürgerlichen Gesellschaft — den Einrichtungen, die der Versorgung ihrer Bedürfnisse dienen, nicht mehr als Einzelindividuen anderen Subjekten als Vertragsgegner gegenüber. Sie werden sich vielmehr dessen bewußt, daß sie als Miteigentümer sozialistischer Versorgungseinrichtungen, also ihrer eigenen Versorgungseinrichtungen, für deren Aufgabenerfüllung, Tätigkeit und planmäßige Entwicklung in übereinstimmendem persönlichem und gesellschaftlichem Interesse verantwortlich sind. Zugleich kennen diese Versorgungsaufgaben nur im gemeinsamen Wirken der Werktätigen erfüllt werden, was — ebenso wie im Bereich der Produktion — auch in diesen Bereichen gemeinschaftliches Denken und Handeln erfordert.

Im folgenden soll diesem Verhältnis besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden, da sich gerade hier besonders hartnäckig die Auffassung behauptet, bei den Austauschbeziehungen gebe es keine grundlegenden Veränderungen. Wesentliche Änderungen der rechtlichen Regelung seien daher nicht am Platze.

Während die Werktätigen eines Versorgungsbereichs, z. B. gemeinsam helfend und kontrollierend, an der Arbeit und Entwicklung ihrer sozialistischen Handelsorgane teilnehmen, tritt der einzelne Bürger dieser Organisation, sobald er sie für die Befriedigung seiner persönlichen Bedürfnisse in Anspruch nimmt, als einzelner Partner gegenüber. Isoliert man diese Inanspruchnahme des Versorgungsorgans durch den einzelnen Bürger von seiner Stellung als sozialistischer Staatsbürger, als Miteigentümer und von seiner Teilnahme und Mitverantwortung für die Entwicklung dieser gesellschaftlichen Beziehungen, ergibt sich ein falsches Bild. In Wirklichkeit beginnt z. B. die Beziehung des Kunden zum Handelsorgan nicht mit dem individuellen Kaufakt und endet auch nicht mit ihm. Vielmehr ist die einzelne Benutzung (ebenso eines Verkehrsmittels oder einer sonstigen Versorgungseinrichtung) nur ein Akt der Konkretisierung eines allgemeinen — auch rechtlich geregelten — Verhältnisses, innerhalb dessen die sozialistische Versorgungsinstitution spezifische Aufgaben bei der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen hat.